

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshauptmannschaften: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Zhemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 39

Mittwoch, den 15. Februar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

In Scklein (Rheinland) ereignete sich ein schwerer Felssturz. Der Prozeß Kranz wurde am Dienstag mit der Vernehmung der Eltern fortgesetzt.
Wie die „Vorleszeitung“ erfährt, beträgt der Nachtragsetat für 1927, mit dem sich das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung beschäftigte, etwas über 600 Millionen Mark.
Zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums sowie dem dänischen Gesandten ist am Dienstag ein vorläufiges Abkommen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommen- und Vermögensbesteuerung unterzeichnet worden.
Da die Prüfer Bergarbeiter zu den auch während des Streiks durchgeführten Grubenhaltungsarbeiten nicht mehr erschienen, wurden sie von der Streikleitung dahin informiert, daß sie die notwendigen Sicherheitsarbeiten unbedingt ausführen müßten, wenn nicht die Gruben für immer unbrauchbar werden sollten.
Nach einem kuffischen Einspruch hat das plöblich einsetzende Tauwetter sowohl in der Krain als auch in der Ukraine große Ueberschwemmungen zur Folge gehabt. In Dschankoi-Bezirk sind von den Wasserwagen viele Häuser und Brücken fortgeschwemmt worden. In Kertsch liegen ganze Stadtteile unter Wasser und in Konstantinowka sind die metallurgischen Werke vollkommen überflutet.
Der internationale Rechtsausschuß der Panamerikanischen Konferenz machte den Vorschlag, sämtlich teilweise bewaffneten Handelsfahrzeuge im Kriegsfalle wie Kriegsschiffe zu behandeln. Die Delegierten der Vereinigten Staaten erhoben jedoch scharfen Widerspruch.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz (Kraftpost Radeberg — Nichtenberg — Pulsnitz) Ab Montag, den 20. Februar 1928 wird an den Werktagen eine Arbeiterfrühfahrt von Pulsnitz nach Radeberg und zurück mit folgendem Gange eingeführt: Ab Pulsnitz 515 an Radeberg 555, ab Radeberg 605 an Pulsnitz 645. Abfahrtszeiten bei den einzelnen Haltestellen sind aus den aushängenden Fahrplänen zu ersehen.
(Die Folgen des Geburtenrückganges.)
Durch die Mitteilungen, die in diesen Tagen der preussische Wohlfahrtsminister gemacht hat, wird von neuem der Blick auf die Gefahren eines Geburtenrückganges für Deutschland gelenkt. In Berlin beginnen die Sterbefälle die Geburten zu übersteigen. Für Deutschland kommt dem Problem eine sehr erhebliche Bedeutung zu. Zunächst wird der Geburtenrückgang der Krieg- und Nachkriegszeit zu einem für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben fühlbaren Mangel an Lehrlingen, jugendlichen Hausangestellten sowie sonstigen gewerblichen Nachwuchs führen, der sich auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar machen wird. Es wird eine Verminderung des Anteils der produktiven Altersgruppe eintreten, was einer Verminderung der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands gleichkommt. Wenn dann noch die stark verminderten Geburtenjahrgänge der Krieg- und Nachkriegszeit ins heimatliche Alter nachrücken, so werden sich eine Verminderung des Wohnbedarfs und ein neuer Geburtenrückgang bemerkbar machen. Eine weitere ernste Folge eines anhaltenden Geburtenrückganges ist eine starke Verschiebung der Altersgliederung des deutschen Volkes. Auch die Frage der Fürsorgeeinrichtungen für die arbeitsunfähigen älteren Leute, insbesondere auch die Frage der Altersheime, wird eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Wie man sieht, handelt es sich in der Tat um schwerwiegende Fragen, die je eher je besser zum Gegenstand weisheitsvoller Bevölkerungspolitik gemacht werden sollten!

(Gaubezirksrat des GDA.) Der diesjährige Gaubezirksrat des Gaubezirks Leipzig im Gewerkschaftsbund der Angestellten findet am 25. und 26. Februar in Borna bei Leipzig statt. Die Ortsgruppen und Zahlstellen des GDA (Bezirk Leipzig) werden zu dieser Tagung ihre Vertreter entsenden, um die Berichte über das verfloßene Geschäftsjahr entgegenzunehmen und die Neuwahl des Bezirksvorstandes durchzuführen. Zur Beratung werden weiter berufliche und organisatorische Fragen stehen. Den Auftakt bildet ein Begrüßungs- und Festabend in den Räumen des Schützenhauses. Am Sonntag, den 26. Februar spricht Gewerkschaftssekretär Franke-Leipzig über „Rann die wirtschaftliche Lage des Angestellten gebessert werden?“

(Wichtig! Falsche Ein- und Zweimarkstücken) in größerer Anzahl befinden sich seit Anfang dieses Jahres vornehmlich in Dresden und Vororten im Umlauf, ohne daß es bisher gelungen ist, deren Hersteller und Verbreiter zu ermitteln. Die Falschstücke sind an folgenden

Raum noch Hoffnung für die Regierungskoalition

Groener über die Reichswehr — 35 Millionen Einnahme Ueberschuß bei der Deutschen Reichspost — Betrügerische Altbesitz-Anmeldungen — Um die Festsetzung der Reparationssumme — Die Lage in China — Das Reichsschulgesetz gescheitert

Berlin. Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hat am Dienstag eine dreistündige Beratung abgehalten, in der noch einmal alle strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes erörtert wurden. Die Verhandlungen wurden gegen Mittag abgebrochen.
Man hat in den Besprechungen die Forderungen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei auf der einen und der Deutschen Volkspartei auf der anderen Seite gegenübergestellt. Dabei ergab sich, daß eine ganze Reihe von Forderungen für die Parteien nicht annehmbar wäre. Man hat die Verhandlungen abgebrochen, weil der Wunsch geäußert wurde, daß über einzelne Forderungen und Vorschläge noch einmal mit den Fraktionen Fühlung genommen werde. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei sind sofort zu einer Beratung zusammengetreten. Auch das Zentrum hielt im Laufe des Dienstags eine Beratung ab.

Man versucht inzwischen, die sachlichen Aufgaben des Reichstages und des Kabinetts weiterzuführen. Der Reichsterrat des Reichstages hat beschlossen, daß in dieser Woche die zweite Lesung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums und des Pensionsetats beendet werden soll, und daß dann nacheinander Haushalt des Verkehrsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums behandelt werden soll.

Groener über die Reichswehr.

Im Verlaufe der Debatte über die Streichungen am Wehretat nahm im Haushaltsausschuß des Reichstages Reichswehrminister Dr. Groener das Wort, um auf verschiedene einzelne Anfragen einzugehen. Er betonte, es habe sich schon ergeben, daß zwischen seinen Anschauungen und denen der Abgeordneten Graf von der Schulenburg, Erling, Haas, von Rittshofen und Brüninghaus eine weitgehende Uebereinstimmung herrscht. Geist und Leistung der Offiziere seien entscheidend für den Wert der Truppe. Selbstverständlich dürften nicht Herkunft, soziale Verhältnisse und Examen maßgebend für die Einstellung der Offiziersanwärter sein.

Dem Reichsheer gehörten seit seinem Bestehen im ganzen 209 ehemalige Unteroffiziere als Offiziere an, und am 21. Dezember 1927 waren noch 117 vorhanden gewesen, davon 52, die Hauptleute seien. Sie kämen 1929 erstmalig zur Beförderung zum Major heran.

Wir dürften keinen gesellschaftlichen Unterschied machen. Verhandlungen würde er mit Feuer und Schwert ausrotten. Es stimme, was Dr. Moses gesagt habe, daß die sogenannte Entpolitisierung der Reichswehr nicht völlige Untertänigkeit der politischen Verhältnisse bedeuten könne. Die Beziehungen zu Binden spielten noch immer eine Rolle. Durch die bekannte Verordnung sei aber der Wehrmacht die politische Betätigung und jegliche Zusammenarbeit mit politischen Vereinen verboten. Zu begrüßen sei die

Ertüchtigung der Jugend,
zu verwerfen jegliche Soldatenspielererei. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe politischen Charakter. Es habe das selbst wiederholt ausgesprochen. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund bezeichne sich selbst als auf dem Boden des Klassenkampfes stehend. Die Kriegervereine hätten ihren unparteilichen Charakter nicht nur betont, sondern auch bewiesen.

Dann ging der Minister auf die **kieler Munitionsangelegenheit** ein, die er persönlich untersucht habe. Er habe den bestimmten Eindruck, daß eine der beteiligten Firmen unter Druck ihrer Verpflichtung die ihr zur Verschrottung übergebene Munition nach dem Auslande verschoben wolle.

Der Minister hob hervor, daß im Jahre 1927 178 Beschwerden aus der Presse, aus dem Parlament usw. an das Ministerium gelangt seien. 81 Prozent hätten sich als unbegründet erwiesen, 5 Prozent seien gerichtlich geahndet worden. Durch Belehrung seien 18 Prozent erledigt worden, 2 Prozent seien noch nicht abgeschlossen. In seinem ersten Erlaß habe er sich auf den Boden des Vertrauens des Reichspräsidenten gestellt. Es sei ihm wohl bekannt, daß er des Vertrauens des Hauses bedürfte. Er werde sich nie scheuen, von der Wehrmacht der deutschen Republik zu sprechen.

Die Höhe des Etats

sei ebenfalls kritisiert worden. Er werde die Mitglieder des Reichsrats persönlich über die Verhältnisse aufklären. Wahrscheinlich seien die Abstriche nur aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gemacht. Vom Gesamtetat beansprucht der Wehretat in Deutschland 7 Prozent, in Frankreich 21,7 Prozent, in Polen 31 Prozent. Für das nächste Jahr seien noch erhebliche Erhöhungen bei den anderen Staaten vorgesehen.

Aus der Kavallerie lasse sich heutigen Tages alles Mögliche machen. Der Reichstag dürfe das Vertrauen haben, daß die Reichswehr ein absolut zuverlässiges Instrument der verfassungsmäßigen Regierung sein und bleiben werde. Er hoffe, daß er dieselbe Erklärung auch für die Marine abgeben könne, nachdem er die Verhältnisse weiter studiert habe. Er fasse Heer und Marine als Einheit auf.

Betrügerische Altbesitzanmeldungen

Berlin, 15. Februar. Ein Betrugsfall von ungeheurer Ausmaß, durch den das Deutsche Reich um Millionenbeträge geschädigt worden ist, beschäftigt, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, zur Zeit die Staatsanwaltschaft I. Es konnte ermittelt werden, daß seit länger als einem Jahr große Betrügereien mit Kriegsanleihe-Altbefristungen verübt worden sind. Als einer der Hauptbeteiligten wurde in der Nacht zum Dienstag der aus dem großen Moabitir Altschuldungsprozeß bekannte Bankier Clemens Max Kunert von Beamten der Staatsanwaltschaft I und der Kriminalpolizei verhaftet und in das Moabitir Untersuchungsgefängnis gebracht. Die Angelegenheit dürfte weitere Kreise ziehen, da nachgeprüft werden muß, auf welche Weise es Kuhnert gelungen ist, den Anmeldeungsprozeß durchzuführen. Weitere Verhaftungen werden daher zu erwarten sein.

Um die Festsetzung der Reparationssumme

Regelung sämtlicher Schiedsverhältnisse auf einheitlicher Grundlage

Berlin, 15. Februar. Nach den Berliner Morgenblättern meldet der Berliner Vertreter der Times aus New York, daß Parker Gilbert in seinem letzten Bericht zwar die Festsetzung der Reparationssumme empfohlen habe, jedoch nicht vorgeschlagen, Amerika solle seine Forderungen an die Alliierten reduzieren, ehe die Alliierten die Reparationen herabsetzten. Immerhin sei nicht zu erwarten, daß Gilbert sich der Forderung verweigere, daß sämtliche Schuldverhältnisse auf einheitlicher Grundlage geregelt werden könnten. — Der Korrespondent der Times stellt ferner die Frage, ob für Amerika die sofortige Bezahlung von 3 Milliarden Dollar nicht annehmbarer sei, als die Zahlung seiner jetzigen Forderungen bei den Alliierten in Höhe von 4 Milliarden zu unbestimmter Zeit. Akzeptierten die Vereinigten Staaten eine solche Herabsetzung auf 3 oder 2,5 Milliarden, so würde eine entsprechende Herabsetzung der deutschen Reparationen und die Beseitigung des gesamten gefährlichen Nachkriegsproblems wohl innerhalb von drei Jahren möglich sein.

Geschädigte Auslandsdeutsche bei dem Reichsfinanzminister.

Berlin. Am Dienstag wurde eine Delegation des Ringverbandes der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten zu einer einstündigen Unterredung vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfangen. Obwohl die Vertreter der Geschädigten sich mit der Angabe des Finanzministers, das Mittel zur sofortigen Lösung nicht zur Verfügung ständen, nicht einverstanden erklärten, willigten diese darin ein, daß der Regierungsentwurf zur schnellsten Durchführung käme, um wenigstens der dringenden und äußersten Not der Geschädigten zu steuern, jedoch nicht als Schlußgesetz, um den Geschädigten die Zukunft für ihr Recht nicht zu verschließen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte wörtlich: „Wir wollen Ihnen auch die Zukunft nicht verschließen“, so daß von einem Schlußgesetz dieses Entwurfs nicht mehr die Rede sein kann.

Polen erhöht die Zölle.

Warschau. Im polnischen Rundfunk hielt der Stellvertretende Ministerpräsident Bartel eine Rede über die Arbeiten der Regierung. Damit wurde die Reihe der Ministerwahlreden begonnen, die die polnischen Minister der Reihe nach im polnischen Radio halten wollen.

Die Regierung sei gegenwärtig, sagte der Minister, mit der Ausfertigung des Staatshaushaltsplans für 1928 und

